

Beschluss des Landrats vom 10.04.2025

Nr. 1084

2. Zur Traktandenliste 2025

2024/737; Protokoll: mko, gs

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, aufgrund Abwesenheit der Interpellantin Flavia Müller werde Traktandum 17 abgesetzt. Weil Andreas Dürr als 2. Vizepräsident heute die Gäste aus dem Kanton Nidwalden begleitet, wird auch Traktandum 34 abgesetzt.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 17 und 34 beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit von Motion 2025/148: Ausgleich der Teuerung für das Jahr 2025*

Der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab, sagt Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne).

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für den Vorstoss. Verfahren und Berechnungsmodus der Teuerung sind in § 49 des Personaldekrets des Kantons Basel-Landschaft klar geregelt. Das bedeutet, dass der Landrat im November auf Antrag des Regierungsrats ohnehin wieder über den Teuerungsausgleich diskutieren wird. Der Landrat hat früher immer wieder Korrekturen vorgenommen – indem er etwa eine aufgelaufene Teuerung berücksichtigt hat. Somit besteht heute sicher keine Dringlichkeit.

Lucia Mikeler Knaack (SP) sagt, dass die SP Baselland mit Nachdruck eine nachträgliche Lohnanpassung um 1,3 % für das Jahr 2025 fordere – und zwar mittels eines Nachtragskredits. Der Regierungsrat hat den Ausfall des Teuerungsausgleichs ursprünglich mit einem erwarteten Aufwandüberschuss für das Jahr 2024 begründet. Inzwischen weiss man, dass dies nicht der Fall ist – im Gegenteil: Es gibt ein massives Ertragsplus. Die Einschätzung hat sich also im Nachhinein als falsch erwiesen. Die Erfolgsrechnung 2024 weist einen Überschuss von CHF 157 Mio. aus – ein deutliches Zeichen für die offensichtlich robuste Finanzlage des Kantons.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) weist darauf hin, dass in der Debatte die Dringlichkeit im Fokus stehen solle.

Die gesetzliche Grundlage für den Verzicht auf den Teuerungsausgleich ent falle somit, sagt **Lucia Mikeler Knaack** (SP) weiter. Man muss jetzt handeln – und nicht erst im Herbst –, weil der Überschuss jetzt besteht. Wie es im Herbst aussieht, sei dahingestellt. *[Heiterkeit]* Es ist wichtig, dass die Mitarbeitenden *jetzt* eine Wertschätzung erfahren. Der Landrat muss ein Zeichen setzen für die gute Arbeit. Darum ist die Motion dringlich.

Silvio Fareri (Die Mitte) sagt, dass die Mitte-Fraktion die Dringlichkeit wie auch den Vorstoss ablehne. Der Antrag ist auch aus ordnungspolitischen Gründen fragwürdig. Die Gemeinden haben ihr Budget verabschiedet. Man müsste auch die Autonomie der Gemeinden und ihren finanzpolitischen Handlungsspielraum mitbedenken.

Balz Stückelberger (FDP) spricht im Namen der FDP. Wenn er aber den Augenkontakt mit den SVP-Kollegen richtig interpretiert, würden sie wohl das Gleiche sagen, obwohl sie noch nicht wissen, was er sagen wird. Das ist als grosses Vertrauen zu werten. Es soll hier bewusst nur zur Dringlichkeit gesprochen werden. Das Anliegen ist nicht dringlich, weil es gar nicht möglich ist, es

in der geforderten Dringlichkeit zu erfüllen. Man kann die Teuerung gemäss Personaldekret nur einmal im Jahr ausgleichen – und zwar per Anfang 2026. Es bleibt also genug Zeit, auf dieses Datum hin eine Diskussion zu führen. Ein anderes Vorgehen ist schlichtweg nicht möglich. Lucia Mikeler hat es ausserdem selber – leicht selbst entlarvend – gesagt: Es gibt gute Gründe für einen klaren Prozess bzw. dass man nicht unterjährig nach dem Grundsatz «S’het solange s’het» plötzlich etwas verteilen kann. Man stelle sich nur vor, wenn dies in die andere Richtung geschehen würde.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) erinnert an die Frage der Dringlichkeit.

Das Anliegen ist nicht dringlich, weil es nicht möglich sei, es dringlich zu erfüllen, schliesst **Balz Stückelberger** (FDP).

Wenn man die Motion erfüllen wolle, so **Sabine Bucher** (GLP), müsste man dies jetzt tun. In drei Monaten wäre es zu spät, das Anliegen zu diskutieren. Der Landrat ist in der Traktandenliste weit vorangekommen. Man hat also Zeit, das Thema zu diskutieren – um das Anliegen allenfalls abzulehnen. Die Dringlichkeit ist aus Sicht der GLP-Fraktion gegeben.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, man höre, es solle nur zur Dringlichkeit gesprochen werden – und dann hört man doch alle möglichen Dinge. Seine Fraktion hat das Thema lange diskutiert. Sie ist sich nicht einstimmig einig; eine Mehrheit ist aber für die Dringlichkeit. Wie es die Vorrednerin gesagt hat: Wenn man darüber sprechen will, muss man das jetzt tun – und nicht erst in drei Monaten. Sonst ist man dort, wo das Thema hingehören würde (worauf schon der Finanzdirektor hingewiesen hat).

Florian Spiegel (SVP) wendet sich gegen die Dringlichkeit. Lucia Mikeler hat zuvor bestens ausgeführt, warum man die Dringlichkeit ablehnen muss. Vielen Dank dafür.

Adil Koller (SP) weist darauf hin, dass der Landrat im Dezember auf der Basis von falschen Tatsachen entschieden habe. Es ist die Verantwortung des Parlaments, solche Entscheidungen zu überprüfen – und dies so schnell wie möglich. Deshalb ist der Vorstoss dringlich. Im Vorstoss wird deutlich ausgeführt (dies an die Adresse des Finanzdirektors), dass nicht gemäss § 49 vorgegangen werden soll. Stattdessen gilt es, eine andere Variante zu finden. Das ist der SP-Fraktion bewusst; sie kennt das Gesetz (dies auch als Hinweis an Balz Stückelberger). Es gibt jedoch einen klaren Ablauf, und im zweiten Absatz steht sinngemäss, dass die wirtschaftliche Situation berücksichtigt werden solle. Der Landrat hatte ein falsches Bild der finanziellen Lage vor Augen, als er sich damals gegen den Teuerungsausgleich entschied. Dies lässt sich im Bericht der Kommission nachlesen; dort lautet der zweite Satz: «Die finanzielle Lage lässt es nicht zu.» Das war und ist falsch und muss jetzt – so schnell wie möglich – korrigiert werden. Man kann danach immer noch dagegen sein, aber das Thema muss zumindest diskutiert werden. Das blinde Vertrauen zwischen FDP und SVP ist symbolisch...

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) bittet um Aussagen zur Dringlichkeit.

...symbolisch für das blinde Vertrauen in den Regierungsrat, wonach der Ausgleich sicherlich ausgerichtet werde, so **Adil Koller** (SP). Man muss die Dinge betrachten und überlegen, wie sich eine Fehlentscheidung korrigieren lässt. Die Weigerung dagegen macht den Redner etwas «hässig»... Aus den genannten Gründen muss der Vorstoss dringlich diskutiert werden.

://: Mit 44:36 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

